



Das Nicht-Begriffene begreifbar machen

Malte Suhr: Kritische polit-ökonomische Bildung. Konzeptionelle Grundrisse für den sozialwissenschaftlichen Unterricht im Kapitalismus. Bielefeld, transcript 2026, 330 Seiten, open access.



Walter Benjamins geschichtsphilosophisches Diktum, „dass es so weitergeht, ist die Katastrophe“, lässt sich auch auf die vorherrschenden Ansätze der schulischen politischen Bildung beziehen. Zu diesem Schluss kann man nach der Lektüre von Malte Suhrs erhellender Monografie „Kritische polit-ökonomische Bildung. Konzeptionelle Grundrisse für den sozialwissenschaftlichen Unterricht im Kapitalismus“ (2026) gelangen. Mit dem auf seine Dissertation zurückgehenden Ansatz einer kapitalismuskritischen politischen Bildung versucht Suhr den aus seiner Sicht defizitären politikdidaktischen Positionen eine „kritische polit-ökonomische Perspektive auf Gesellschaft [...] für den Unterricht“ entgegenzusetzen (S. 11). Ausgang des Vorhabens ist die These, dass „die gegenwärtige Politikdidaktik [...] mit neuen Fragestellungen und veränderten Formen der Herrschaft konfrontiert“ (S. 20) sei, diese mit ihrem affirmativen

Staatsverständnis und defizitären Gesellschaftsbegriff analytisch jedoch kein Werkzeug habe, die Gegenwartskrisen grundlegend zu begreifen. Suhr begründet dies überzeugend und kommt zum Schluss, dass es „bislang an einer fachdidaktischen Konzeption [fehlte], die die strukturellen Widersprüche des kapitalistischen Gesellschaftssystems und die ihnen zugrundeliegenden Strukturprinzipien in den Blick“ (S. 13) nimmt. Er versucht diese „Leerstelle“ (S. 11) auf der gesellschaftstheoretischen Ebene mit einer an Marx und aktuellen neomarxistischen Theorien orientierten Konzeption einer kritischen polit-ökonomischen Bildung (kpöB) zu füllen, die die intersektionale Verschränkung von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen (S. 14) in den Blick nimmt. Suhr beabsichtigt mit seinem Ansatz „Lehrkräften [...] eine argumentative Stütze und didaktische Orientierung für einen vom Mainstream abweichenden Unterrichtsstil zu bieten.“ (S. 11) Der kpöB geht es um die Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus sowie seiner ihm zugrundeliegenden strukturellen Klassen- und Eigentumsverhältnisse, was über das Thematisieren des Klassismus als Diskriminierungsform hinausreicht. Kapitalismus müsse in der politischen Bildung wieder beim Namen genannt werden, da es beim Kapitalismus um strukturell bedingte Herrschaftsverhältnisse geht. Diese Sichtweise überzeugt. Suhrs Ansatz einer kpöB zielt zudem auf die Ermöglichung von Emanzipation. Emanzipation wird hier verstanden als die „Entwicklung von Handlungsperspektiven, die über das bestehende Gesellschaftssystem hinausweisen“ (S. 11). Für Suhr soll es bei dieser „Utopieorientierung“ nicht nur um eine gesamtgesellschaftliche Ausrichtung gehen, sondern bereits im Unterrichtsgeschehen konkret erfolgen, indem „die Bildungssubjekte [...] selbst die Ziele ihrer Bildungsvorhaben setzen.“ (S. 201) Die kpöB beabsichtigt, Schüler*innen Reflexionen über die eigene Klassenposition und ihre Klasseninteressen zu ermöglichen, was Bedingung eines praktischen Handelns sei. Suhr verdeutlicht, dass Bildung im Gegenwartskapitalismus ein „Doppelcharakter“ zukomme, „zugleich Herrschaftsinstrument und Instrument der Befreiung zu sein.“ (S. 152)

Im letzten Teil des Buches formuliert Suhr methodisch-didaktische Vorschläge zur Gestaltung schulischer Bildungsvorhaben, um Bildungsprozesse im Sinne einer kpöB zu ermöglichen.

Kritisch anzumerken wäre gegenüber der kenntnisreichen und überzeugend argumentierten Arbeit, ob die an Marx angelehnte utopische Ausrichtung

politischer Bildung, „wie all jene Verhältnisse aufgehoben werden können, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes [...] Wesen ist“ (S. 15) nicht ein wenig zu hoch gegriffen ist. Zumal in der Schule, dient diese doch als grundlegende staatliche Sozialisationsinstanz, die im Kapitalismus dessen Legitimierung zum Ziel hat. Zudem ist der Ausgang des Ansatzes der kpöB, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden werden *müsse*, bereits gesetzt, anstatt dies als potentiell Lernziel für die Schüler*innen neben anderen zu setzen.

Suhr verdeutlicht hingegen, dass es sich bei seiner Arbeit nicht um einen fertig ausgearbeiteten politikdidaktischen Ansatz kapitalismuskritischer Bildung geht, sondern diese als „Aufschlag einer weiterzuführenden Diskussion über Möglichkeiten der methodisch-didaktischen Konkretisierung herrschaftskritischer politischer und sozialwissenschaftlicher Bildungsansprüche“ (S. 11) fungiert. Dieser „Aufschlag“ ist ihm mehr als gelungen. Denn der große Verdienst kommt ihm gegenüber den vorherrschenden politikdidaktischen Ansätzen zu, das dort Nicht-Begriffene, den Kapitalismus, begreifbar zu machen. Man wünscht ihm eine große Leser*innenschaft unter den politischen Bildner*innen – nicht nur in der Schule.

Sascha Regier

Der Beitrag der politischen Bildung zur Demokratisierung

Tim Schanetzky: Politik der politischen Bildung. Das Ringen um die Demokratisierung der Deutschen seit 1945. Göttingen: Wallstein Verlag 2025, 252 Seiten, 25,99 Euro (digital) und 26 Euro (Print).

Die Erwartungen an Bildung, insbesondere an politische Bildung, im Prozess der Demokratisierung der Deutschen waren 1945 nach Nationalsozialismus und dem Zivilisationsbruch des Holocausts enorm hoch. Der Historiker Tim Schanetzky untersucht die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland ab 1945 bis in die Gegenwart. Dabei verzichtet er auf einen „klar umrissenen Begriff von politischer Bildung“ (S. 13) und begreift politische Bildung als „ein unübersichtliches Politikfeld mit sich überschneidenden Kompetenzen“ (S. 10).

Die Anfänge politischer Bildung in der Nachkriegszeit sieht er z.B. in den Schulungen deutscher Offiziere in alliierter Gefangenschaft, mit denen diese